

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1/4 sgr. Expedition: Krautmarkt N^o 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 37. Mittwoch, den 13. Februar 1850.

Berlin, vom 13. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Geheimen Kanzlei-Direktor, Kanzlei-Rath Reckert vom Kriegs-Ministerium, den Nothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem emeritirten Superintendenten Jacobi zu Neumarkt, im Regierungs-Bezirk Breslau, den Nothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Vice-Wachtmeister Zannbrecher und dem Sergeanten Vaff des 1ten Husaren-Regiments das Militair-Ehrenzeichen zweiter Klasse; dem Kreis-Schermeschten Finke zu Breslau das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Gastwirth und Kahn-Schiffer Ludwig Born zu Tilsit und dem Müllergesellen Adolph Fritsch aus Heiligenbeil in Dapreufen die Rettungs-Medaille mit dem Bande zu verleihen.

Deutschland. Rundschau. (Schluß.)

Stettin. Haben uns die ausländischen Zustände fast nirgends einen erfreulichen oder einigermaßen befriedigenden Anblick dargeboten, so tritt uns im Vaterlande wahrlich kein Bild des Glückes und der Freude entgegen. Deutschland gleicht einem Meere nach einem Gewittersturm, Trümmer liegen umher, halbverfallene Wracks ragen aus dem Wasser hervor, Leichen werden an's Ufer geworfen, Freunde jammern über Freunde, Väter über Söhne, Brüder über Brüder; hier und da schwankt ein armselig zurecht gezimmertes Schiffelein mit der geretteten Mannschaft auf dem Spiegel des Meeres; oben ist Ruhe, unten in der Tiefe gährt es noch. Alles, was Mensch heißt, ist von den fürchterlichen Anstrengungen ermattet, es findet Ruhe, aber nicht den Frieden der Seele, sondern die Ruhe des Grabes. Kein frischer Lebenshauch mehr erquickt die Herzen, der Sturmwind, der nur tödtete, nicht belebte, hat nur die Spuren der Verödung, der Zerrissenheit und Zerspaltung zurückgelassen. Soll es mit Deutschland etwas werden, so muß es erst durch neue Kämpfe und Wehen hindurch; denn ohne Kampf keine Einheit, ohne Noth keine wahre Liebe, ohne Versöhnung keine Macht. Es ist ein nichtswürdiger, aber durch die Geschichte aller Staaten sich hindurchziehender, auch den deutschen Stämmen aufgeprägter Charakterzug, daß ein Bruderstamm den andern beneidet, einer den andern nicht aufkommen lassen will, sich lieber mit dem Feinde des Vaterlandes verbindet, als mit dem Sohne des rechten Vaters. Wie nach dem Tode des Vaters die Familie sich trennt, hiehin und dort hin sich verliert, kein gemeinschaftliches Vaterhaus mehr kennt; so ist es leider der deutschen Völkerverfamilie ergangen. Wir wissen wohl, was uns fehlt, sehnen uns nach der Einheit; soll sie jedoch verwirklicht werden, so drängt sich der Sondergeist hervor, trennt, scheidet und zerrüttet. Welchen Ton auch hier der Chorführer, der das Ganze zu leiten unternimmt, anschlägt, er ist gewiß, immer eine Disharmonie zu erregen, und so kommt Deutschland vor lauter Mißklängen nicht zum Einklang. Wären es nur drei Stimmen, die man vereinigen sollte, so würde man es wohl zum Dreiklang bringen können; aber hier sind 38 zu regieren. In Wahrheit sind es aber nur drei Töne, die zu einigen sind, Preußen, Oesterreich und Baiern, welches die Spitze der großdeutschen Partei bildet. Könnten diese harmoniren, so würden die übrigen Stimmen sich schon fügen und der Accord wäre vollendet. Aber hier stockt es. Es gehört dazu ebensoviel Muth als Redlichkeit, wenn Preußen es unternimmt, Klarheit, Festigkeit und Kraft in die verworrenen Zustände Deutschlands hineinzutragen, selbst nun noch, da es von dem Drei-Königsbunde nach dem Abfall Hannovers und Sachsens nicht einmal den Namen mehr rechtfertigen kann. Die Welf! die Waiblingen! rief es ehedem. Heute heißt es: Nie Habsburg! Nie Hohenzollern! So scheiden sich Bruderstämme in zwei feindliche Lager. Dennoch wagt es Preußen, muthig vorzugehen, im Vertrauen auf das Wort: „Dem Muthigen gehört die Welt.“ Es hat für den Reichstag seine 150 Abgeordneten für das Volkshaus gewählt, ist eben dabei, auch für das Staatenhaus zu wählen; eine beträchtliche Anzahl der verbündeten Stämme ist ebenfalls mit der Wahl fertig, noch nicht beigetretene Staaten scheinen sich endlich zu Preußen hinzuneigen. Der Reichstag wird zu Stande kommen, und hoffentlich ein besseres Resultat gewähren, als die Frankfurter Jahres-sitzung. Daß für die kleinern Staaten nur Heil, Sicherheit und Bestand im Anschluß an Preußen oder Oesterreich zu gewinnen ist, darüber sind sie längst im Klaren; nur den entscheidenden Schritt zu thun, wollen sich Manche nicht bequemem. Es träumt sich auch so schön unter einem blauen Thronhimmel von Königshoheit und Unabhängigkeit; aus diesem Traume reißt man sich ungeru los, aufgerüttelt will man erst werden. Was man thut, thut man lieber aus Noth, als aus freiem Willen, aus freier Ueberzeugung. Im Frieden mögen wohl jene Duodezstaaten bestehen, aber einen Land und Leute und Finanzen verzehrenden

Krieg können sie nicht aushalten, ebensowenig als eine neue Auflage der Bewegung von 1848.

Für Deutschlands Wiedergeburt ist es ein großer Gewinn, daß Preußen mit sich selbst so ziemlich in Ordnung ist. Die Verfassung ist abgeschlossen, die Kammer-Sitzungen haben Gottlob bald ein Ende; der König, das Ministerium, die Volksvertretung haben die Verfassung beschworen, die Bürger und Beamten werden nachfolgen. Der König hat im vollen Bewußtsein der großen Stunde an der Scheide des Alten und des Neuen aus warmem Herzen bedeutende Worte gesprochen, deren Wehmuth und Ernst sein treues Volk nachgeföhlt hat. Dieses Zeichen warteten wir ab, um unsern Könige zu folgen; was Er will, das wollen auch wir; denn König und Volk müssen Eins sein.

Unsere Beziehungen nach außen sind mit Ausnahme Dänemarks friedlicher Art. Verlassen können wir uns freilich nächst Gott nur auf uns selbst, auf unser Heer und unsre gerechte Sache; und dies Mittel wird auch, wenn keine friedliche Lösung der schwebenden dänischen Frage ermöglicht wird, auch zum dritten Male anschlagen müssen. Nur schade um das Blut, das noch fließen müßte, schade um den gefesselten Handel, um das gelähmte Gewerbe, um das darbenende Land! Unser Wunsch ist Frieden, unsre Sehnsucht Versöhnung. Möchten sie wiederkehren die Zeiten der Eintracht, des Wohlstandes, des Vertrauens zwischen Volk und Regierung, möchten doch die Parteien in Erreichung eines großen Theiles ihrer Wünsche (bei Entbehrungen auf beiden Seiten) ihre endliche Beruhigung und Ausöhnung sehen. Hierin allein ruht das Heil des Ganzen, das Glück des Einzelnen.

Berlin, 12. Februar. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der ersten Kammer steht 1) der Antrag des Grafen v. Jkenpliz:

„Die Hohe Staatsregierung zu ersuchen: bei der Commission, welche nach einer, der zweiten Kammer gemachten Ministerial-Vorlage vom 3. Februar 1850, Seitens und aus dieser für „hochwichtige Grund-Steuer-Ermittelungen“ neben und außer der jetzigen Sitzung der Kammern erwählt werden soll, auch die erste Kammer durch eine angemessene Anzahl von Mitgliedern beizusetzen.“

2) die nochmalige Abstimmung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Zins-Garantie für die Aktien der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefeld-Kreis-Glabbacher Eisenbahn.

Der Antrag des Grafen Jkenpliz (Punkt 1 der Tagesordnung) ist durch die darunter befindlichen Unterschriften ausreichend unterstützt und geht zur schleunigen Berichterstattung an die Finanzkommission. Der Finanzminister erklärt, die Regierung habe eine Betheiligung der ersten Kammer nicht ausgesprochen, weil das Mandat derselben Ausgangs des laufenden Monats erlischt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wird durch Annahme des betreffenden Entwurfs erledigt.

Die Kammer geht zum letzten Gegenstand der Tagesordnung. Die Commission beantragt in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer, die Garantie für die Aktien der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefeld-Kreis-Glabbacher Eisenbahn zu bewilligen. An der Debatte theilhaftig sich wiederholt der Hr. Handelsminister. Abg. Wachler weist auf die Finanzlage des Staates hin. Wie er höre, sei heute an die zweite Kammer eine Forderung von einigen 80 Millionen Thalern gestellt worden.

Berlin, 12. Februar. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer überreicht der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über die für die militairischen Bedürfnisse für das Jahr 1850 vorsorglich zu bewilligenden Gelder. Diese Bedürfnisse werden veranlaßt durch den Stand des Heeres, der auch im Jahre 1850 den gewöhnlichen übersteigen wird und durch die Nothwendigkeit, auf drohende Kriegsfälle gerüstet zu sein. Die Erhaltung des Heeres auf einem außergewöhnlich hohen Fuß wird vorzugsweise nöthig, um zu einer Kraftentwicklung vorbereitet zu sein, welche auch 1850 die unermülichen Feinde der Ordnung vielleicht erforderlich machen sollten. Da der Staatskassaz erschöpft ist, so könnte ohne vorherige Bewilligung, im Augenblick des Bedürfnisses das Geld nur mit großen Opfern herbeigeschafft werden. Bewilligen Sie das Geld, so wird es, im Fall es nicht zu den erwähnten Zwecken gebraucht wird, zu einem andern nur mit Zustimmung der Kammern verwendet werden. Die baldige Beendigung der Session der ersten Kammer macht Beschleunigung nothwendig. Durch die Bewilligung werden Sie Preußen in den Stand setzen, mit Ruhe allen Eventualitäten entgegen zu sehen, und die ruhige Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten, von denen das Wohl und die Größe unfers und des deutschen Vaterlandes abhängt. (Bravo.)

Der Gesetzentwurf geht an die Finanzkommission. Auf der Tagesordnung steht die Verathung der Gemeinde-Ordnung, die zunächst von dem Minister des Innern vertheidigt wird. Der Herr

Minister spricht gleichzeitige Erwartung aus, daß die Berathung eine nur verhältnißmäßig kurze Zeit in Anspruch nehmen werde.

An der allgemeinen Diskussion betheiligen sich: der Berichterstatter, Abg. v. Patow, ferner die Abgg. Schöppenberg, Berdeck, Offerrath und Schulenburg. Abg. Schöppenberg beantragt, das Ministerium solle nur eine Gemeinde-Ordnung für das platte Land der östlichen Provinzen vorlegen und deshalb die Kammer zur Tagesordnung übergehen. Die übrigen Redner erklären sich im Allgemeinen mit der Regierungs-Vorlage einverstanden. (Schluß 3 Uhr.)

Berlin, 9. Februar. In der heutigen Sitzung des Ober-Tribunals ist eine Untersuchung verhandelt, deren Resultat in Bezug auf den jetzt schwebenden Steuerverweigerungs-Prozess von höchstem Interesse ist. Der Prediger Johann Friedrich Balzer zu Zwchau war gleichzeitig wegen einer Majestätsbeleidigung und wegen Aufruhrs angeklagt, und zwar letzteres, weil er sich durch seine Thätigkeit für Ausführung des Steuerverweigerungsbeschlusses vom 15. November 1848 und durch Aufreizung zur Nichtgestellung der zum Dienst einberufenen Landwehr hervorgethan haben sollte. Anlangend die Beförderung jenes Beschlusses, so fällt seine Handlungsweise völlig in die Kategorie des von den hiesigen Angeklagten eingeschlagenen Verfahrens. Er hatte von dem Affessor Linden Plakate, auf denen der Beschluß abgedruckt war, in Halle erhalten, dieselben in Scheußitz, Glesien, Zwchau und Delitzsch verbreitet und sich einer Deputation angeschlossen, welche der dortige Volksverein an die Stadtverordneten zu Delitzsch gesandt hatte, um dieselben zur Steuerverweigerung zu bewegen. Durch den Spruch der Geschwornen wurde er, abgesehen von der Majestätsbeleidigung, für schuldig erachtet, durch die Verbreitung des fraglichen Beschlusses und durch Aufreizung einberufener Landwehrmänner zur Nichtstellung den Versuch gemacht zu haben, eine Klasse des Volkes, beziehungsweise die Mitglieder einer Gemeinde zusammenzubringen, um sich der Ausführung obrigkeitlicher Verfügung mit vereinigter Gewalt zu widersetzen oder etwas von der Obrigkeit zu erzwingen. Der Gerichtshof zu Halle verurtheilte den Balzer wegen Majestätsbeleidigung und versuchten Aufruhrs zu 4 Monat Gefängnis, 30 Thlr. Geldbuße, Amtsentsetzung und Fokardenerverlust. Sowohl die Staats-Anwaltschaft, als der Angeklagte haben dagegen die Nichtigkeitbeschwerde eingelegt. Die des letztern, welche insbesondere wegen der Fokarde und der Amtsentsetzung interponirt war, ist heute verworfen. Dagegen ist auf den Antrag der Staats-Anwaltschaft die Strafe auf 2 Jahre Gefängnis erhöht, indem das Ober-Tribunal die Strafe nicht, wie der Schwurgerichtshof, aus §. 14 des Gesetzes vom 30. Juni 1849, sondern aus §. 167. Tit. 20. Th. II. A. L. R. abgemessen hat. Die Bedeutung dieses Spruchs wird sich bei den Plaidoyers in dem hiesigen Prozesse zeigen, wenn anders die Geschwornen ein Schuldig aussprechen, und wenn über die Anwendung des Gesetzes debattirt wird. §. 13. und 14. bestimmen nämlich die Strafen für die Aufreizung zur Verübung eines Verbrechens, indem die Aufreizung nach den Umständen als Theilnahme an dem Verbrechen selbst, oder als Versuch des Verbrechens qualifizirt wird. Die Staatsanwaltschaft hat aber gegen die Anwendung dieser Vorschriften auf die in Rede stehenden Handlungen protestirt, weil als der letzte Zweck der Aufreizung hier nicht die unerlaubte Handlung selbst, sondern der Aufruhr erscheint, welcher erst durch die unerlaubten Handlungen hervorgerufen werden sollte, und das Ober-Tribunal scheint diese Auffassung des Sachverhältnisses adoptirt zu haben, in Folge deren das Verfahren der Steuerverweigerer allerdings mit einer erheblich härteren Strafe bedroht ist, als die Vertheidigung mit Rücksicht auf die Verordnung vom 20. Juni v. J. für den Fall das Schuldig ausführen wird.

(Sitzung des Geschwornen-Gerichts am 9. Februar.) Eröffnung der Sitzung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Zuhörer-Tribünen sind mit jedem Tage weniger gefüllt, woraus klar und deutlich das sehr geringe Interesse ermesselt werden kann, welches das Publikum an diesem Prozesse nimmt. Wir wollen hiermit auch die Behauptung einiger Blätter, daß die Tribüne stets bereits vor Beginn der Sitzung ganz gefüllt sei, auf ihr richtiges Maß zurückführen. — Der fungirende Staatsanwalt ist der Obergerichts-Affessor Riem. Seitwärts von den Richtern hatte heute der Herr Oberstaats-Anwalt Sethe Platz genommen. Nach Eröffnung der Sitzung wird mit der Vernehmung des Rechts-Anwalts Moriz vorgegangen. Der Angeklagte wird beschuldigt, an dem Beschlusse der National-Versammlung vom 15. November 1848 Theil genommen, für den Steuerverweigerungs-Beschluß gestimmt und sowohl diesen, als auch die Proklamation vom 18. November 1848 verbreitet zu haben. Er hat ein Exemplar der Proklamation an den Justiz-Kommissarius Echtermeier zu Torgau gesendet und dieser hat dasselbe dem Schriftführer der dortigen Bürgerwehr übergeben, welcher den Abdruck in dem Tageblatt: „Glocke an der Elster“ befragt hat. Außerdem hat der Vorstand des constitutionellen Vereins die Proklamation in 300 Exemplaren drucken und verbreiten lassen. Der Angeklagte läßt sich über diese Anklage dahin aus, daß er, wenn er diese Schriftstücke wirklich verbreitet hätte, nicht einen Augenblick anstehen würde, es zu gestehen. Er müsse aber bestreiten, die Verbreitung vorgenommen zu haben. Er habe die Sachen an seinen Freund Echtermeier geschickt, dem er stets das Wichtigste, was in dieser Art in Berlin erschien, mitgetheilt. Echtermeier habe die Mittheilungen veröffentlicht, ohne von ihm einen Auftrag erhalten zu haben. Er habe überall für die Ruhe gewirkt. Wenn er hätte Aufruhr stiften wollen, so hätte er hier in Berlin die beste Gelegenheit dazu gehabt. Es wird hierauf zur Vernehmung der Defensiv-Zeugen geschritten. Diese geben dem Angeklagten allerdings ein günstiges Zeugnis. Die Staats-Anwaltschaft hält in dem demnächst darauf folgenden Requisitorium die Anklage aufrecht. Auf den Defensiv-Beweis näher eingehend, bestreite der Staats-Anwalt gar nicht, daß der Angeklagte Moriz ein höchst ehrenwerther Mann sei, er bestreite auch nicht, daß er stets zur Ruhe aufgefordert habe, dies alles beweise aber noch nicht, daß er sich in diesem Falle des Aufruhrs nicht schuldig gemacht habe. Angeklagter Moriz: Die Anklage begründe sich immer darauf, daß die Angeklagten selbst zur Steuer-Verweigerung aufgefordert und den Beschluß u. c. in dieser Absicht verbreitet haben sollen. Jetzt komme nun, bei dem Angeklagten selbst, ein Fall vor, wo dies alles nicht zutreffe, und dennoch halte der Staats-Anwalt die Anklage aufrecht. Nach einer kurzen Replik des Staats-Anwalts ergreift der Vertheidiger Dorn das Wort. Er führte aus, daß es nutzlos und ermüdend sein würde, wenn der allgemeine Theil der Anklage bei jedem einzelnen Angeklagten sofort diskutirt werden sollte, wie dies bisher geschehen. Nichtsdestoweniger wäre dies beim Anfange doch nöthig, denn die Anklage würde mit jedem Male auf-

tiger, und je öfter darüber gesprochen, desto eher, so hoffe er, würde die Anklage als ein großer Luftstreich erscheinen. Man müsse zugeben, es sei damals für möglich gehalten, daß das Ministerium im Unrecht gewesen. Man wisse, daß die National-Versammlung eine Anklage gegen die Minister erhoben habe, weil nach der Ansicht der National-Versammlung die Minister im Unrecht waren; diese Anklage wurde dem Staats-Anwalt zugestimmt, auf daß er seine Pflicht thue. Der Staatsanwalt hat geantwortet. Wenn er auf demselben Standpunkte gestanden hätte, wie heute, so würde er diese Anklage mit Entrüstung zurückgewiesen haben. Der damalige Staatsanwalt aber antwortete dem damaligen Präsidenten der National-Versammlung mit Gründen, und einer dieser Gründe sei gewesen, daß noch kein Gesetz vorhanden sei, wonach die Minister gerichtet werden könnten. Soll nun ein Gesetz vorhanden sein, wonach die unverletzlichen Abgeordneten gerichtet werden können? Der Staatsanwalt habe damals erklärt, er stehe auf dem Boden der bestehenden Gesetze, wenn dies noch jetzt der Fall sei, so könne er auch diese Anklage nicht erheben. Die Gesetze passen nicht, und daß sie nicht passen, beweist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft sich selbst in der größten Noth befunden hat, um ein Gesetz für die Anklage aufzufinden, und so sei sie auf dieses Aufreißergesetz gekommen. Die Künstlichkeit der Anklage müsse vollkommen überzeugen, wie unsicher sie sei. Hiernach geht der Vertheidiger auf die Thatsachen selbst über. Die Staatsanwaltschaft habe behauptet, die Anklage sei vom absolutistischen Standpunkte erhoben; wie oft aber habe man damals das Gegentheil aus dem Munde des Königs und der Minister gehört; wenn auch die Verfassung noch nicht festgestellt gewesen, so war doch ein Grundgesetz da. Der Vertheidiger kommt nunmehr auf die Behauptung der Staats-Anwaltschaft, daß der Beschluß der National-Versammlung formell ungültig gewesen sei und sucht diese Behauptung durch Gegenbeweise zu entkräften und zu widerlegen; er beantragt schließlich das Nichtschuldig. Der Staatsanwalt trat noch einmal und sehr schlagend den Behauptungen der Vertheidigung entgegen und hierauf wurde die Verhandlung gegen die beiden nächstfolgenden Angeklagten, den Landrath Bauer und den Prediger Balzer vorgenommen. Wie die früheren Angeklagten, so leugnen auch diese nicht und geben sofort alle angeführten Thatsachen zu. Belastungszeugen wurden auch hier nicht vernommen, sondern nur ein von dem Angeklagten Bauer vorgeschlagener Entlastungszeuge. Einer der Vertheidiger hielt nach dem Requisitorium des Staats-Anwalts, der auch hier das Schuldig beantragte, eine Defensionalrede, der auch noch eine kurze Vertheidigung des Angeklagten Balzer folgte. Nachdem die sich entspannende Debatte zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger geendigt hatte, wurde die Verhandlung geschlossen und die nächste auf Montag 9 Uhr angesetzt.

Berlin, 11. Februar. Die Commission der zweiten Kammer zur Prüfung des Gesetzesentwurfs, die Unterstützung der hilflosbedürftigen Familien einberufener Landwehrmänner betreffend, hat ihren Bericht erstattet. Der Antrag lautet auf Annahme der Proposition der Regierung mit wenig erheblichen Modifikationen, so daß die baldige Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit in der zweiten Kammer ehestens zu erwarten steht.

— Die Schließung der Kammern wird jedenfalls am Schlusse der nächsten Woche, am 23. Februar, eintreten. Es ist jedoch noch nicht festgesetzt, ob Sr. Majestät der König sie in Person schließen wird. Bis dahin liegt noch eine große Zahl Vorlagen zur Erledigung vor. Selbst mit täglich zweimaligen Sitzungen wird es nicht möglich sein, die als am wichtigsten bezeichneten zu berathen. Auch das Ablösungsgesetz muß mit den von der ersten Kammer beliebten Abänderungen noch einmal an die zweite Kammer zurückgehen. Heute beginnt die zweite Kammer mit der Gemeinde-Ordnung.

— Gegen die Einführung der Einkommensteuer wird von verschiedenen Seiten agitirt und petitionirt. Natürlich bildet die erste Kammer den Mittelpunkt, auf welchen sich diese Bestrebungen richten, da das Schicksal dieses Gesetzes-Entwurfes lediglich in ihren Händen ruht. Auch die Berliner Kaufmannschaft wird sich der Zahl der Petenten gegen die Einkommensteuer anreihen.

— (Das Volks- und Staatenhaus.) Die Regierung hat die Kammern aufgefordert, ihre Wahlen für das Erfurter Staatenhaus vorzunehmen. Die Wahlen zum Volkshaus sind in Preußen überwiegend in einer Richtung ausgefallen, die dem Entwurf vom 28. Mai nicht günstig ist. Der Umstand, daß Preußen mit seiner Verfassung zum Abschluß gekommen ist, daß es im Besitz fester Zustände in die flüssigen Zustände Deutschlands eintritt, daß es seine Stellung nun nicht sowohl aus einem höheren Ganzen zu empfangen, als vielmehr den Kern und festen Rückhalt zu bilden hat, um den sich die anderen noch im Fluß begriffenen Elemente lagern: dieser Umstand ist ein neues Moment in der deutschen Verfassungs-bildung. Er hat entscheidend eingewirkt auf die Wahlen und wird ferner einwirken auf die Haltung unserer Abgeordneten zum Reichstag. Der Gesichtspunkt, Preußens Autonomie möglichst ungeschmälert zu erhalten, sie so wenig als möglich zu theilen oder mitzutheilen, hat sich in den Wahlen zum Volksause das Uebergewicht verschafft, die Mehrzahl unserer Abgeordneten wird geneigter sein, Deutschland Gesetze zu geben, als zu empfangen. In großer Zahl sehen wir selbst diejenige Partei im Volksause vertreten, die, wie kürzlich v. Gerlach, sagte, Deutschland müsse in Preußen aufgehen, und die es an Aeußerungen preußischen Uebermuths nicht fehlen lassen wird. Die Anhänger des Mai-Entwurfs, dieser Construction unparteiischer Machtvertheilung, sind in Preußen in der entschiedensten Minderheit; sie haben ihre Verstärkung nur aus den kleinen Staaten zu erwarten; die Abneigung der Königräiche, die noch zunehmen wird, je mehr auf dem Reichstag der spezifisch preußische Geist vorwaltet, hat dem Entwurf sein wesentliches Fundament entzogen. Tiefe Spaltung steht somit im Volksause bevor; die größere Leidenschaft wird auf Seiten derer sein, die im Gefühl der Macht hingehen. Die Vertreter der kleinen Staaten werden sich bedrängt fühlen; ihre eigenen partikularistischen Interessen werden zu Tage treten. Wird Norddeutschland getreu bleiben, nachdem Hannover sich zurückgezogen hat?

Im Staatenhause wird die Anhänglichkeit an den Entwurf größer sein; die kleinen Staaten haben in diesem Hause die Mehrheit und auch aus den Wahlen unserer Kammer werden Freunde des Entwurfs hervorgehen. So werden die beiden Häuser, so wird das Volksause selbst in seinen Bestrebungen getheilt sein. Den letzten Versuch, zu einem Kern deutscher Einheit zu gelangen, scheitern zu machen, wäre bei dieser Lage ein Leichtes; von großem Vertrauen der Nation ist die Erfurter Sache nicht getragen; auf ihre Vereitelung ist man eher gefaßt, als auf Resultate! Es ist die

schwierigste Aufgabe zunächst für unsere Regierung, mit diesen Elementen noch etwas zu machen und sie zu dem Einklang zu bringen, daß Preußens guter Ruf in dieser Sache nicht eine harte Niederlage erleidet. (P.-C.)

Berlin, 11. Februar. Vor dem Schluß der diesjährigen Diät werden unsere Kammern noch über die Regulierung der Verhältnisse des Großherzogthums Posen Beschluß zu fassen haben. In der zweiten Kammer ist die Vorberathung des zum Zwecke der Begutachtung der betreffenden Regierungsvorlage niedergesetzten Ausschusses gegenwärtig beendet. Die Majorität dieses Ausschusses hat sich zu folgendem Antrage vereinigt:

„Die hohe Kammer wolle beschließen, ihre Zustimmung zur Einverleibung des noch nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen in den deutschen Bund unter der Bedingung zu ertheilen, daß vorher die Provinz Posen als ein Ganzes aufgelöst und ihre Bestandtheile den angrenzenden Provinzen Preußen, Brandenburg und Schleßen zugetheilt werden.“

Anträge zur Wahrung der besonderen Interessen der Stadt Posen und zu Gunsten der nationalen Interessen der polnischen Bevölkerung fanden keine ausreichende Berücksichtigung. Ein anderer auf Einverleibung ohne Zerstückelung gerichteter Antrag erhielt nur eine Stimme.

Die Wahlmänner des 3. Wahlkreises gaben vorgestern zu Ehren des von ihnen in das Volkshaus zu Erfurt gewählten Abgeordneten, Ministers v. Mantuffel, im Lokale der großen Landesloge ein Festmahl. Der Herr Minister erschien erst gegen 10 Uhr, dagegen Herr General v. Wrangel, der Wahlmann dieses Bezirkes ist, schon um 9 Uhr.

Nach Analogie der bereits bestehenden Schneider-Associationen wird jetzt die Bildung einer solchen, die sich über das ganze Gewert erstrecken soll, beabsichtigt. Fürs Erste soll eine Association von 100 Schneidermeistern gebildet werden, die ein Verkaufslotal gründen. Jede weitere Hundert bilden eine besondere Association. Sämmtliche Associationen sollen dann unter sich im Verbande stehen. Die erste derartige Verbindung ist bereits fast vollzählig, und hat die Statuten schon beraten und festgesetzt.

Berlin, 11. Februar. Das Beste ist zwar auch stets das Klügste, aber das Klügste ist deshalb auch nicht stets das Beste, denn nur was am Besten zum Zwecke führt ist das Klügste, aber der Zweck heiligt das Mittel — nur bei den Jesuiten. Es befremdet uns deshalb nicht, wenn die Neue Preussische Zeitung ihre Schlaubeit höher stellt, als die anderer Blätter, z. B. der Deutschen Reform, aber es befremdet uns, daß sie sich ihre Ueberlegenheit in der Schlaubeit unbedingt zum Ruhme rechnet. Denn der Spruch der heiligen Schrift „Seid klug wie die Schlangen“ trägt seine Wahrheit nur in Verbindung mit dem Satz: „und ohne falsch wie die Tauben.“ Die Neue Preussische Zeitung bestreitet, daß sie je eine königliche That gebührt hätte. Aber hier genügt eins. Die Detrovirung der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 war eine königliche That, sie enthielt die Erfüllung einer königlichen Verheißung: und doch kannte die Neue Preuss. Zeitung ungeachtet des königlichen Namenszuges stets nur eine Charta Waldeck's; ist das kein Hohn einer königlichen That? Die rettende That vom 9. November 1848 trug nur die Rettung in sich in Verbindung mit der That vom 5. Dezember. Hat die „fanatische Koterie der Kreuzzeitung“ Hilfe geleistet, wie sie von sich rühmt, zur That vom November, so hat sie nur zur Hälfte an der Rettung mitgewirkt; desavouirt sie aber die königliche That vom 5. Dezember, so ist ihr Antheil an der Rettung quitt. Die Kreuzzeitung hat „im Jahre der Schande nicht an den Grundfesten der preussischen Monarchie gerüttelt,“ allein ihre Partei hat vor und bis zum Jahre 1848, vielleicht in der Meinung den Thron zu befestigen, seine Säulen und seine Grundfesten untergraben, sonst hätte das Jahr der Schande niemals hereinbrechen können. Die Erschütterung des Thrones war in dem Grade möglich, weil eine „fanatische Partei“ allmählig eine Stimmung im Volke bereitet hatte, welche jede Veränderung für eine Verbesserung halten ließ. Nur so erklärt sich das sonst Unerklärliche. Die Frage, ob auch der Zweck der „fanatischen Koterie“ ein guter ist, oder ob sie nur selbst ihn dafür hält, muß hier ungelöst bleiben. Aber die Hingebung an das königliche Interesse, welche den Thron von allen Schranken frei herstellen möchte, verliert von ihrem Werthe gerade in dem Maße, als die Hoffnung im Hintergrunde schlummert, durch den absoluten Thron das eigene Interesse, durch den Mund des königlichen Gebieters die Wünsche der Partei zur Herrschaft zu bringen. Im politischen Streite kann der Vaterlandsfreund allerdings ruhig sein, welcher nicht seine eigene Ehre sucht, aber der Patriotismus, welcher nur seine eigene Herrschaft sucht, ist, auch wenn er für die Monarchie zu kämpfen vorgiebt, nicht sehr weit verschieden von der Selbstsucht derer, welche unter dem Vorwande, für die Freiheit zu kämpfen, sich gegen die Selbstständigkeit des Thrones verschöndern. (C. C.)

Es wird uns berichtet, daß mehrere Geschworne, welche bei dem jetzt noch in Verhandlung schwebenden großen Steuerverweigerungs-Prozess mit zu Gerichte sitzen, verflorenen Sonnabend sich zu Sr. Excellenz, dem Minister des Innern begeben und demselben um seine geneigte Fürsprache bei Sr. Majestät dem Könige zu einer Amnestie für die Steuerverweigerer, im Falle dieselben verurtheilt werden sollten, gebeten haben. Herr v. Mantuffel soll diese Herren abschlägig beschieden und bedeutet haben, daß keine exceptionelle Amnestie für die Steuerverweigerer eintreten könne, sondern, wenn eine Amnestie ertheilt würde, dieselbe sich auf alle politisch Gravrinen ausdehnen müsse. Ist diese Aeußerung Sr. Excellenz wahr, so glauben wir, obgleich dieselbe verneinend lautet, dennoch mit Wahrscheinlichkeit daraus zu entnehmen, daß man sich in hohen Kreisen doch schon mit dem Gedanken an einen großartigen Gnadenakt beschäftigt haben müsse. (B. 3.)

Es ist die Verfügung, betreffend die Vereidigung der sämmtlichen Staatsbeamten auf die Verfassung, an die oberen Staatsbehörden abgegangen. Die Vereidigung wird in ähnlicher Weise erfolgen, wie bei der Thronbesteigung Sr. jetzt regierenden Majestät die Huldigung.

Mit Bedauern bemerkt man, daß die dänische Angelegenheit sich wieder von Neuem in die Länge zieht, und daß die Zeit der Eröffnung der Schifffahrt herannahet, ohne daß man ganz gesichert wäre gegen eine Erneuerung der Blokade deutscher Häfen.

Der königl. großbritannische Kapitain und Cabinets-Courier Drury ist von St. Petersburg hier angekommen.

Auch hier sind Depeschen aus Griechenland angekommen, daß die Pforte dem Andrängen Englands nicht zu fern steht, scheint eine ausgemachte Sache.

In der Schweizer Frage sollen durch die hiesige englische Legation der preussischen Regierung neuerdings Vorstellungen im Auftrage des Cabinets von St. James gemacht worden sein, welche dahin zielen, Preußen von einem Einschreiten mit den Waffen in der Hand abzuhalten. In Paris geschehen Seitens der englischen Regierung fortwährend Schritte, um

eine gemeinsame Politik zwischen Frankreich und England in der Schweizer Frage zu Stande zu bringen. (B. 3.)

Hr. v. Schleinitz ist noch immer unpäßlich. (P.-C.) Die italienische Oper, deren Vorstellungen auf der Königsstädtischen Bühne im Laufe dieses Winters alle Kunstfreunde entzückte, wird am 1. Mai nach Dresden übersiedeln und auf der dortigen Hof-Bühne die Sommeraison verherrlichen.

Die Jüsilere des 2ten Garde-Regiments haben statt der bisherigen Seitenwaffe eine neue Art Hirschfänger erhalten. Der Griff desselben dient, sobald die Spitze (zum Beispiel hinter einen Ball) in die Erde gesteckt wird, als sicherer Träger des Gewehres. Der Soldat kann dadurch besser zielen und der Schuß ist sicherer.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, zwischen 2 und 3 Uhr, hatten wir hier ein starkes Unwetter mit Sturm und wolkendurchartigem Regen, wodurch in den Gärten und an Häusern nicht bedeutender Schaden verübt ist.

Gestern Morgen ist bei dem Vorsitzenden des ersten Vorkörpers, Dr. Meyen, wegen Nichteinführung der Mitgliederlisten die Execution vollstreckt worden, indem die früher bei ihm versetzten Möbel aus seiner Wohnung abgeholt wurden. Herr Dr. Meyen beabsichtigt hierüber die Klage gegen den Fiskus anzustellen. (B. 3.)

Bunzlau, 1. Februar. Die Geistlichkeit unserer Diözese hat am 7. Januar d. J. an Se. Majestät eine Immediat-Eingabe gerichtet, in welcher gegen die Bestimmungen der Verfassung über das Verhältniß der Kirche zur Schule feierliche Verwahrung eingelegt und zugleich gebeten wird, hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zur Schule keinerlei Festsetzung Platz greifen zu lassen, ohne vorher bewirkte oder doch versuchte Verständigung zwischen Staat und Kirche. Die Hirschberger Diözese hat sich, wie wir vernehmen, dieser Eingabe bereits angeschlossen. (B. 3.)

Aus dem Fraustädter Kreise, 5. Februar. Die Vorböten der verfassungsmäßigen kirchlichen Trennung vom Staate stellen sich bereits ein. Auf den 6ten d. ist eine Zusammenkunft katholischer Geistlichen und Lehrer zu Alt-Laube, einem zwischen Fraustadt und Lissa belegenen Dorfe, angeordnet, bei der vornehmlich eine Kräftigung des katholischen Elements durch strenge Absonderung seiner Mitglieder von allen nichtkatholischen Vereinen zur Berathung gebracht werden soll. Diese Absonderung soll mit so strenger Consequenz zur Durchführung kommen, daß z. B. die katholischen Lehrer sich von der Theilnahme an den Conferenzen und Besuchen der Lehrerkreisvereine lossagen müssen, wenn sie sich nicht dem Verdachte des kirchlichen Indifferentismus aussetzen wollen. In wie weit diese Bestrebungen mit andern Kundgebungen im Zusammenhange stehen, läßt sich für jetzt noch nicht beurtheilen. (Pos. 3.)

Stuttgart, 7. Februar. In den letzten Tagen waren die sämmtlichen (neun) Untersuchungsrichter, welchen die Untersuchung wegen der politischen Vergehen übertragen ist, in dem Justizministerium versammelt, um über die bisherigen Ergebnisse dieser Untersuchung Befehrs der zu ertheilenden Amnestie Vortrag zu erstatten, an welcher Verhandlung auch Mitglieder des Gerichtshofes in Eßlingen Antheil nahmen. Wie wir hören, soll die Zahl der in die verschiedenen politischen Untersuchungen Verwickelten 9-10,000 betragen; in Beziehung auf die überwiegende Mehrzahl derselben, nur mit Ausnahme der schwerer Gravrinen und der in öffentlichen Diensten Befindlichen — so verlautet wenigstens — soll die Untersuchung niedergeschlagen werden.

Von Seiten der fürstl. Taxischen Postbehörden wird, wie wir erfahren, beabsichtigt, eine neue Preisbestimmung für die sämmtlichen unter Taxischer Verwaltung stehenden Posten in Beziehung auf Versendung von Geld und Päckereien aller Art einzuführen. Der neue Tarif bezweckt bedeutende Erleichterungen in den Portoansätzen, besonders bei Versendungen auf größere Entfernung. Papiergeld soll nach demselben nur die halbe Taxe des Metallgeldes bezahlen. (Schw. M.)

Frankfurt a. M., 9. Februar. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, der gestern Nachmittags 4 Uhr hier eintraf, hat dem Festball Lord Cowley's bis gegen 3 Uhr Morgens beigewohnt. — Der königlich preussische General-Lieutenant v. Radowitz ist, heute Vormittag 11 Uhr von Berlin zurückkommend, hier wieder eingetroffen. — Dem gestern von Herrn v. Blittersdorf durch die D.-P.-A.-Z. veröffentlichten Dehortatorium zum Troste hat der in der Abend Sitzung der gesetzgebenden Versammlung von Herrn Phil. Donner gestellte Antrag: den Beitritt der freien Stadt Frankfurt zum Bündnisse vom 26. Mai 1849 betreffend, allgemeinen Anklang gefunden. In Folge davon wird die desfallsige Erörterung schon in nächst künftiger Mittwochs-Sitzung stattfinden. (D. R.)

Oesterreich.

Wien. Die griechische Angelegenheit absorbiert hier jedes andere politische Interesse. Die Blätter äußern sich zum Theil sehr leidenschaftlich über das Verfahren der englischen Flotte. Ueber Triest sind keine neueren Nachrichten von Belang eingegangen. Aus Smyrna wird der „Presse“ vom 28. Januar geschrieben:

Das Tagesgespräch bildet hier die Blokade der griechischen Häfen durch die Engländer. Das Dampfsboot der französischen Gesellschaft, „Roland“, welches gestern hier ankam, brachte die Nachricht mit, daß die griechische Korvette „Ludwig“ von den Engländern aufgebracht und nach dem Piräeus gebracht worden sei. Auch Syra ist blockirt, und da die Engländer Wiene machten, sich daselbst der öffentlichen Kasernen zu bemächtigen, so hat man dieselben in das französische Konsulatsgebäude geflüchtet. — Die französische Flotte, welche, wie ich Ihnen jüngst berichtete, bereits am 19ten von hier absegelte, mußte, durch widrige Winde aufgehalten, mehrere Tage dicht bei unserer Rhede aufs Neue Anker werfen und konnte erst am 24ten ihre Reise nach dem Piräeus, wo sie wahrscheinlich sehnlichst erwartet wird, fortsetzen.

Die griechische Regierung, heißt es in einem anderen Schreiben, beharrt auf ihrem früheren Entschlusse, und nimmt die Maßregeln, die ihr zu Gebote stehen. Bereits hat sie drei militärische Oberbefehlshaber in drei Punkten ihres Reiches, und zugleich mehrere Präfecten ernannt, welche die Ruhe des Landes schützen sollen. — In Folge einer Nachfrage der griechischen Regierung haben die Repräsentanten von Oesterreich und Rußland zur Verfügung derselben ihre Kriegsschiffe und Dampfer gestellt, damit die Verbindungen zur See nicht unterbrochen bleiben. (D. Ref.)

Man schreibt der Bresl. Ztg.: Vom Banus Jellachich ist an die Militairgrenze der Befehl erfolgt, die Waffenübungen fleißig fortzusetzen

und überdies gewärtig zu sein, daß die jüngst aufgelösten Reservobataillons baldigst wieder einberufen werden. Diese kriegerischen Anzeichen deuten auf ernste Besorgnisse wegen eines Friedensbruchs mit der Türkei, deren Rüstungen in Bosnien namentlich einen sehr drohenden Charakter annehmen scheinen.

Krakau, 5. Februar. Briefen aus Paris zufolge, wird unter der dortigen polnischen Emigration, vorzüglich durch den vor Kurzem aus Warschau daselbst angelangten russischen Kammerherrn Slibicki, die Nachricht verbreitet, der Kaiser Nikolaus wolle eine Amnestie erlassen, von der jedoch ein sehr großer Theil der Emigranten ausgeschlossen sein werde. Es soll nämlich die Rückkehr nach Polen denjenigen Emigranten nicht gestattet werden, welche 1) an der Spitze der Aufstände im Jahre 1830, 1846 und 1848 gestanden; 2) den polnischen Jesuiten, d. i. denjenigen Emigranten, die in Rom in den geistlichen Stand getreten und sich in den dortigen Katafomben zu einem Orden der Zmarwychwstaniey (die von den Todten Aufstehenden) vereint; 3) alle, welche 1846 und 1848 in Galizien und Preußen waren (!); 4) alle, welche im Jahre 1848 und 1849 im italienischen, sizilianischen, venetianischen, ungarischen und badenser Heere gedient; 5) alle Redakteure der in der Emigration erschienenen und erscheinenden Zeitungen, sowie alle Verfasser politischer Schriften. (Schl. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 6. Februar. (Sitzung der National-Versammlung.) Vorsitzender Dupin. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über das Unterrichtswesen. Richardet (von der äußersten Linken), der die unbedingte Unterrichtsfreiheit vorschlägt, ergreift zuerst das Wort, um dem Gesetz als einem finstern, zur Ruckstung des Volkes bestimmten Werk der Kirche und der monarchischen Reaktion den Prozeß zu machen. „Ihr wollt, ruft er unter Anderem aus, aus der französischen Jugend kleine Kapuziner machen! Allein die Zeiten sind nicht mehr, wo ein Mönch einen Kreuzzug predigte, ein Anderer zu Pferde stieg und 100,000 Fanatiker dummer Weise nachfolgte, um auf dem Wege nach Jerusalem durch Strapazen und Elend umzukommen. Alles hat seine Zeit, und die der Kirche ist vorbei, da sie nicht mehr in den Vorurtheilen des Volkes den Grund ihrer Existenz hat. Im weiteren Verlauf seiner Philippika gegen die vereinigte kirchliche und monarchische Partei nimmt der Redner die Revolution von 1789 und ihre Helden, namentlich Robespierre, die Montalembert grandiose Verbrecher genannt hatte, in Schutz und schleudert dabei so heftige und giftige Vorwürfe gegen die Royalisten, besonders weil sie nach ihm die Invasion der Fremden in Frankreich herbeigeführt haben, daß er zum öfteren aufs Wütendste von der Rechten unterbrochen wird, bis endlich der Vorsitzende ihn zur Sache ruft unter der von der Majorität lebhaft beklatschten Bemerkung: er werde nie gestatten, daß auf der Tribüne eine Schutz- und Lobrede auf die verabscheuenswerthe Zeit der Proscriptionen und Konfiskationen gehalten werde. Das Amendement wird ohne Weiteres verworfen.

— Die populären Kundgebungen um die stehen gebliebenen Freiheitsbäume des St. Martins-Platzes und der Porte St. Martin, die schon Tags zuvor sehr geräuschvoll waren und große Massen von Reugierigen herbeigezogen hatten, schienen sich gegen 8 Uhr Abends lebhafter als je wiederholen zu wollen: ein Knabe stieg auf den Baum des St. Martins-Platzes, um die Büße der Freiheit mit einer rothen Schärpe zu schmücken, ein Gleichheitsdreieck wurde an einem der Zweige angehängen und die Vorübergehenden eingeladen, dieses Symbol der Republik von 1793 zu grüßen, die patriotischen Lieder wurden gesungen und diesmal statt der „Republik“ auch öfter der „sozialen Republik“ ein Hoch gebracht. In Gemächtheit der Drohung des Ministers des Innern in seiner Proklamation (die vielfach in den Vorstädten und Arbeitervierteln abgeriffen worden war) requirirte hierauf der Polizei-Präsident die bewaffnete Macht und ließ den St. Martins-Platz, so wie die Boulevards in der Gegend der Porte St. Martin säubern und militärisch besetzen, was auch ohne Widerstand von Seiten des Volkes von Statten ging. Die beiden Freiheitsbäume wurden hierauf unter dem Schutz und der Mitwirkung eines Bataillons der Jäger von Vincennes umgehauen und fortgeschafft. Die Truppen blieben noch einige Zeit auf dem Platze, und ein Theil derselben brachte sogar die Nacht im Konservatorium der Künste und Gewerbe zu; allein die Volksmassen verließen sich schnell, zum großen Theil Dank dem eingetretenen unfreundlichen Wetter, und schon gegen 11 Uhr in der Nacht hatte der Schauplatz der Unruhen ganz seinen gewohnten Anblick wieder gewonnen.

— Die dem General de Lamoricière in der Rue St. Martin begegnete üble Behandlung setzt die republikanische Presse in Verlegenheit und wird von derselben entweder als das Resultat einer Verwechslung mit dem General Changarnier, was nicht unwahrscheinlich ist, oder gar als ein von der Polizei veranlasseter Streich, wozu jedoch in den Thatfachen nur sehr geringer Vorwand vorhanden ist, dargestellt. Die konservative Presse benützt diesen Vorfall sehr eifrig, um den einflussreichen jungen General, der sich seit der Februar-Revolution als sehr entschiedener Republikaner von der Farbe des Generals Cavaignac gerirt hat, zu ihrer Partei herüberzuziehen, indem sie ihm das Schicksal vor Augen führt, das ihn erwarte, wenn jemals die rothe Republik siegen sollte.

— Herr v. Cormenin veröffentlicht heute unter dem Pseudonym Timon in der „Presse“ wieder einen fulminanten Artikel gegen jede Beschränkung der Unterrichts-Freiheit. Er verlangt drei Dinge: Externat (Aufhebung der in Frankreich herrschenden Art von Kasernierung der Zöglinge in den Gymnasien), Unentgeltlichkeit und Deffentlichkeit für den Unterricht.

— Sämmtliche demokratische Blätter enthalten heute einen gleichlautenden Aufruf an das Volk, in welchem dasselbe zur Ruhe aufgefordert und vor Provocationen gewarnt wird. Diese Erklärung wurde noch gestern Nachts in einer stürmischen Versammlung der unabhängigen Redakteure verlesen. Die erste Vorlage hatte eine etwas revolutionäre Fassung, wurde jedoch verworfen.

— Der Arbeiter, der gestern durch einen Degenstich verwundet worden ist, soll diese Nacht gestorben sein. Drei andere sind schwer verwundet.

— Die Agitation, welche Montag in Paris geherrscht hat, ist ohne Folgen geblieben. Man hat von der Absetzung des Polizeipräsidenten Carlier gesprochen, allein dies Gerücht hat sehr wenig Wahrscheinlichkeit.

— Die sterblichen Ueberreste des Königs Joseph Bonaparte von Spa-

nien, der vor einigen Jahren in Florenz gestorben ist, sollen nach Paris gebracht werden, um im Dom der Invaliden beigesetzt zu werden.

Paris, 7. Februar. Die militärischen Dispositionen, die vorgestern zur Erhaltung der Ordnung getroffen wurden, waren sehr beträchtlich. Die „Gazette de France“ enthält nur in Bezug auf das rechte Seine-Nfer folgende Angabe der Vertheilung der Streitkräfte: 16 Bataillone, wovon 3 von den Jägern von Vincennes und 2 Batterien Artillerie waren auf den Plätzen du Caroussel und de la Concorde aufgestellt und von einer Linie von Tirailleurs umgeben. Dieses Armee-Corps, das in geschlossenen Kolonnen rangirt war, hatte zwei Vorposten, den einen in der Rue Richelieu und den anderen Rue Royale St. Honoré. Gestern kamen noch einige Verhaftungen vor. An mehreren Orten wurden Blousenmänner, welche die Pflasterung der Stellen hindern wollten, auf denen zuvor Freiheitsbäume gestanden hatten, verhaftet. Gleiches geschah einigen Personen, die bei der Porte St. Martin den Hut schwenkend ausriefen: „Es lebe die demokratische und soziale Republik!“ Die Wanderungen nach den Stellen, auf welchen die beiden Freiheitsbäume der Porte St. Martin und Porte St. Denis gestanden hatten, dauern fort. Unter den Personen, welche diese Plätze besuchten, befanden sich viele Repräsentanten, die sich, wie es scheint, überzeugen wollten, ob die Ruhe in diesem Stadttheile wieder hergestellt sei. Man will auch Edilou Barrot doch bemerkt haben; mehrere Blätter enthalten die Angabe, daß der Polizeipräsident Herr Carlier wegen der letzten Ruhestörungen seine Demission gegeben habe. Diese Nachricht findet jedoch wenig Glauben.

— Ausser dem General Lamoricière war auch Herr Victor Foucher, Anwalt der Republik, bei der Porte St. Denis gefährdet. Er wollte sich auf den Boulevard St. Denis begeben, um zu sehen, welchen Charakter die Unruhen daselbst hätten. Er befand sich noch in einiger Entfernung von demselben, als sich zahlreiche Personen um ihn drängten und er den Ruf vernahm: „Da ist der Anwalt der Republik!“ Ein Arbeiter fragte ihn, wie er als Vertheidiger der Republik es zugeben könne, daß man die Freiheitsbäume fälle. Herr Foucher wollte ihm begreiflich machen, daß darin noch kein Angriff auf die Republik zu erblicken sei. Die Erwidierungen, die er zu hören bekam, nahmen einen beunruhigenden Charakter an. Da wurden Herrn Foucher mit leiser Stimme die Worte ins Ohr geflüstert: „Es ist Zeit, daß sie sich davonmachen!“ Einige Sekunden darauf wurde er von einem Mann in einen Kaufmannsladen getragen, dessen Thür hinter ihm geschlossen wurde. Er entkam durch ein benachbartes Haus und begab sich darauf in die Nationalversammlung.

— Sieben Bewohner von Montpellier, des Todtschlages eines Polizeisergeanten bei den dortigen Unruhen angeklagt, sind vom Geschworenengericht freigesprochen worden. — Dergleichen wird jetzt als Merkwürdigkeit gemeldet!

— Die Regierung macht bekannt, daß sie aus den Departements befriedigende Nachrichten über die ruhige Haltung der Bevölkerung erhält. Dennoch sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen.

— Die Zahl der Pariser Polizei-Sergeanten, die unter Louis Philipp 680 Mann stark waren, sind jetzt auf 1200 vermehrt worden.

Italien.

Rom, 2. Februar. Es scheint, daß die Oesterreicher in Italien sich auf alle Eventualitäten vorbereiten und, während hier der französische Soldat vom Kriege gegen Oesterreich schwadronirt, wird z. B. aus Fuligno geschrieben, daß daselbst täglich österreichische Truppen durchziehen. Bekanntlich war aber Fuligno bis jetzt der äußerste bedeutende Punkt, welchen die Oesterreicher diesseits der Apenninen inne hatten; jene Marsche deuten daher jedenfalls auf ein Ausdehnen ihrer Linie in der Richtung von Rom. Zugleich befestigen die Kaiserlichen Ancona aufs Stärkste, freilich auf Kosten und im Namen des Papstes, doch zunächst wohl nicht ohne Rücksicht auf ihre eigene Stellung in Italien. — Man spricht von österreichischen Vorschlägen zu einer Zollvereinigung, welche an die päpstliche Regierung gelangt seien. (D. R.)

— In Rimini ist eine Geldbuße von 3 Fks. für das Versäumniß der heil. Messe festgestellt worden. In Persaro wurden die Geldstrafen für Blasphemien erneuert. Eine einfache Blasphemie wird mit einem Paolo, eine bedeutendere mit 4 Paoli bebußt.

Großbritannien.

London. (Parlament. Unterhaus.) Sitzung vom 7. Februar. Lord Dudley Stuart trug auf Vorlage der Dokumente betreffs der Forderungen Rußlands und Oesterreichs auf Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge an, ferner auf Papiere, die auf die Occupation der Donau-Fürstenthümer durch Rußland Bezug hätten. Zur Begründung seines Antrags ging er in eine leidenschaftliche Skizze des ungarischen Freiheitskrieges ein und erklärte die Invasion der Russen für eine Verletzung des Völkerrechts. Schließlich deutete er auf die Vergrößerungspläne Rußlands an der Donau hin. Lord Palmerston erklärte sich bereit, diejenigen Papiere vorzulegen, die ohne Beeinträchtigung der staatlichen Rücksichten vorzulegen wären. Bei aller Sympathie des englischen Volkes für Ungarn wären dem Einfluß Englands aber hier enge Grenzen gezogen, insofern es kein direktes Recht, zu interveniren, gehabt. Was die Donaufürstenthümer beträfe, so glaube er, daß Rußland seine desfallsigen Verträge mit der Pforte halten und seine Occupations-Truppen auf 10,000 Mann bald reduciren werde. Was die Flüchtlinge anlange, so ständen dieselben bloß unter temporärer Aufsicht, und England habe bei dieser Frage in vollkommenster Harmonie mit Frankreich gehandelt. Hätte die Sache ausschließlich von der englischen Regierung abgehängt, so hätte man sie noch günstiger geschlichtet. Bei den bewandten Umständen aber habe man nichts Besseres erzielen können. Lord Stuart erklärte sich mit Palmerston's Erklärung zufrieden, erinnerte aber, daß die Flüchtlinge sicheren Schutz finden müßten, insofern man auf Rossuth's Leben ja Pläne schmiede. Lord Hamilton greift den Vorredner wegen seiner Insinuation an, als wäre die österreichische Regierung bei Mordplänen theilhaftig. Herr Cockburn begreift nicht, wie man die österreichische Regierung in Schutz nehmen könne, und verliest ein langes Register derer, die durch den Strang und durch Pulver und Blei ihre Theilnahme am Kampfe gebüßt. Frauen der höchsten Stände seien vom Henker ausgepeitscht worden. Herr v. Zsozeli vertheidigte die österreichische Regierung, und der Antragsteller nahm schließlich seine Motion zurück.

— In Dublin, Liverpool und London hat gestern ein zwölfstündiger furchtbarer Sturm gewüthet, der auch den Kanal im höchsten Grade gefährlich gemacht hat.

— Ein furchtbares Feuer in London hat diesen Morgen große Vorräthe u. s. w. zerstört.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnement der Zeitung pro Monat 1/2 Sgr.; frei in's Haus; 2/2 Sgr.

Insertionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 37.

Mittwoch, den 13. Februar.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwief.

Einpaffirte Fremde.

Vom 11. Februar.

Hotel de Prusse. Gutsbesitzer v. Windisen a. Poppin; v. Bülow aus Elvershagen; Partikulier Klammann aus Pasewalk, Senf, Oberst v. Domeneq, Major v. d. Heyde, Kaufleute Hermann a. Berlin, Hünninghaus aus Düsseldorf.
Hotel du Nord. Gutsbesitzer v. Gibilsky a. Posen; Fräulein Döhring aus Neustettin; Kaufleute Rehfeldt aus Torgetow, Grünwald, Kadelbach aus Berlin, Pirschfeld aus Pyritz, Usher aus Rangaard, Drei Kronen. Kaufleute Levy aus Lissa, Westphal aus Bremen, Sachs aus Berlin, Pfied 1. und 11. aus London.
Parkwigs Hotel. Kaufleute Hendel, Harges aus Berlin, Salomon aus Stadenhagen.

Offizielle Bekanntmachungen.

Publicandum.

Wegen einer Reparatur der Zugklappen der Baumbrücke wird die Passage über dieselbe am 15ten d. Mts. bis zur Beendigung der Arbeit gänzlich, also auch für Fußgänger, gesperrt werden.
Stettin, den 12ten Februar 1850.

Königliche Polizei-Direktion.

Pessenland.

Publicandum.

Die aus der Zeit vom 1sten November 1848 bis ultimo Januar 1849 beim städtischen Leib-Amte vorhandenen, nicht eingelösten oder erneuerten Pfänder, als Gold, Juwelen, Silber, Uhren, Kleidungsstücke, Waaren, Kupfer- und Messinggeräthschaften, Leinwand und Bettin, sollen am

Donnerstag, den 7. März c., und an den folgenden Tagen, Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

im Auktions-Saale des Leib-Amtes, große Domstraße No. 666, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag bei annehmlichen Geboten sofort erfolgt, und gleich nach demselben das Kaufgeld an den Commissions-Rath Reiskler zu entrichten ist.
Stettin, den 10ten Januar 1850.

Der Curator des städtischen Leib-Amtes.
Sternberg.

Bekanntmachung.

Zur Vermietung mehrerer Böden in den Klostergebäuden ist ein Termin auf den 7ten März d. J., Vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftszimmer im Kloster anberaumt.
Stettin, den 7ten Februar 1850.

Die Johannis-Kloster-Deputation.

Todesfälle.

Unsere jüngste Tochter Elise starb heute früh 8 Uhr an der Halsbräune, im beinahe zurückgelegten vierten Lebensjahre, welches wir mit tiefem Schmerz statt besonderer Meldung allen Theilnehmenden hiermit anzeigen.
Oberwief, den 12ten Februar 1850.

E. Landraih und Frau.

Auktionen.

Auktion am 19ten Februar c., Vormittags 9 Uhr,

Schuhstraße No. 859, über eine Parthie feine und mittlere Luche, verschiedene Sommer-Buckskins, Sammt, Westenzuge, Futterzeug, Knöpfe, gute Herren-Kleidungsstücke, und um 11 1/2 Uhr: eine Scheidenbüchse.

Reiskler.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Eine

General-Versammlung des Vereins der Wasserfreunde findet am **Donnerstag den 14. Februar, Abends 7 1/2 Uhr**, im kleinen Saale des Schützenhauses statt.

Zweck: interessante Mittheilungen über das bisherige Wirken des Comité's und Verabreichung neuer Statuten.

Nicht-Mitglieder haben freien Zutritt.

Das Comité des Vereins.

Beachtungswerth!!!

Ich warne einen Jeden, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu verabfolgen, indem ich für keine Zahlung einstehen will.
Friedrich Walterschaft.

Bermischtes.

Magdeburg, 9. Februar, Morgens 9 Uhr. Seit dem 8. d. M. Mittags ist der Eisgang auf der Strom-Elbe im vollen Gange. Die Eischollen sind bis 12" stark und zum Glück sehr zerbrechlich. Der Wasserstand betrug heute Nacht 22 1/2" am alten Pegel. Bei Schönebeck sind die Rabenberger Dämme am jenseitigen Ufer überströmt; in der Stadt Schönebeck steht das Wasser bis auf dem Markte, wonach der Wasserstand von 1845 bereits überschritten ist. Das Saaleeis hat sich auf den großen Wiesen vor Darby gelagert. Von der unteren Elbe, d. h. von der Strecke Tangermünde, Sandau und Wittenberge, sind noch keine Nachrichten hier, jedoch fürchtet man einen Durchbruch bei Schönbäumen. Die alte Elbe bei hiesiger Stadt war bisher durch Eis verschlossen; gegenwärtig ist aber das Eis auch auf diesem Elbarm im Gange und die Dämme bei Kratau sind überströmt. — Hiernach ist von einem gefährlichen und unglücklichen Eisgang noch keine Rede. Sehr schlimm sieht es dagegen im Merseburger Regierungsbezirk bei Coswig und Gehüt Graditz bei Torgau aus; dort sind auf der einen Seite fünf, und auf der anderen drei Durchbrüche erfolgt; die Ebene ist überschwemmt, und alle Kommunikation unterbrochen, so daß der Posten-Lauf gehemmt ist.

(Conf. 3.)

Sabrodt, 8. Februar. Seit Menschengedenken haben wir auf unserer sonst so ruhigen Spree einen solchen Wasserstand nicht gehabt, wie in diesen Tagen. Mehrere Spreewaldsdörfer sind rein unter Wasser gesetzt. In einem Dorfe ist sämmtliches Vieh ertrunken und Menschen haben sich nur mit Mühe gerettet oder sind errettet worden. Die ganzen Feldmarken sind verwüstet; die Kommunikation nach Cottbus ist völlig gehemmt; in 3 bis 4 Tagen kann das Wasser schon hier sein. (P.-M.)

Posen, 9. Februar. Der heutige Wasserstand am Brücken-Pegel ist 10 Fuß 6 Zoll zu Mittag gewesen. Die Uebersälle überströmen immer stärker die Niederung und die Eisdecke will nirgends bersten. Wie man hört, sollen Festungs-Pioniere schon heute Anstalten zum Sprengen der Eisdecke getroffen haben. (Pos. 3.)

Düsseldorf, 6. Februar. Am 2. d. M. wurde Herr Lafalle durch einen Polizei-Commissar und drei Gensdarmen in seiner Wohnung verhaftet, um zur Abfüzung seiner Gefängnißstrafe von 6 Monaten in die hiesige Strafanstalt abgeführt zu werden. (W. 3.)

Koblenz, 8. Februar. Das Wasser fällt seit diesem Morgen so stark, daß bis gegen Abend sämmtliche Straßen, in welchen es gestanden, davon befreit sein werden. Hunderte von geschäftigen Händen sind in Bewegung, den abgehenden Fluthen den mitgebrachten ungeheuren Schlamm nachzulehren, Hausfrau und Mädchen puzen und scheuern die Wohnungen, um die Fastnacht wieder im Besitz ihres Lieblingsplatzchens in der Wohn-

stube zu sein. Unsere Pioniere sind so eben beschäftigt, die Pontons aus den Straßen wieder ins Magazin zu bringen; wir geben uns der freudigen Hoffnung hin, sehr bald Alles wieder im alten Geleise zu haben. Unter diesen Umständen glaubt man allgemein, am Sonntage das erste Dampfboot begrüßen zu können, da bis dahin der Rhein allem Vermuthen nach längst in seine Ufer zurückgetreten sein wird. (Rh. u. M. 3.)

Köln, 9. Februar, 6 Uhr Abends. Das Wasser fällt noch immer regelmäßig ab; die gegenwärtige Höhe beträgt 24 Fuß 7 Zoll rheinisch Pegel.

— Die Ueberschwemmungen der Provinz Lüttich sind noch fürchtbar, obgleich seit dem 4. Februar die Wasser der Maas am Fallen sind. Alle Behörden wetteifern, um dort Hülfe zu bringen, wo es Noth thut. Nach manchen Gegenden war dies aber kaum möglich. Zu Venes bildete die Durthe einen Alles zerstörenden Waldstrom, und von dem unglücklichen Orte aus steckte man Nothfahnen aus und feuerte Schüsse ab, um Hülfe stehend, die man durch die aufgeregten Fluthen nicht bringen konnte. Ganze Wohnungen sollen fortgeschwemmt worden sein, und wirklich ist das Kaffeehaus und das Schießgebäude der Insel Werired zertrümmert. Die Arbeiter der Gießerei zu Landen wurden mit genauer Noth von den Pontonniers von den Dächern gerettet, auf die sie sich geflüchtet. Die Röhre, welche Rettung nach der Durthegegend brachten, mußten mit Tauern an Räumen befestigt werden, sollten sie nicht von dem reißenden Strome fortgeschleudert werden. Auch die Verwüstungen der Besdre sind schrecklich. Die Drahtbrücke des Etablissements von Hauster ist ganz zerstört; nur noch eine Säule steht aufrecht. Man weiß nicht, welche Menschen das Opfer geworden. Vieh ist viel ertrunken. Ein Leichnam ist aus der Maas aufgefischt worden. Die Brücken von Fraipont und Chaufontaine sind fortgerissen, wie die kleine Drahtbrücke, die nach dem Gute Masures führt. Aus Namur hört man ebenfalls Trauriges über die Verheerungen des Wassers, welches auch zu fallen anfing. Außerhalb die Maas hinab bildet die Gegend einen weiten See, so daß die Verbindung der Stadt mit der Gegend von Beez ganz abgebrochen ist. Auch die Maas hinauf ist die Jambe-Ebene ganz überschwemmt. Gärten und Felder sind schrecklich verwüstet. Auch die Straße nach Dinant ist nur an wenigen Orten fahrbar. Auch bei Brüssel und Löwen haben die Wasser Unheil angerichtet, jedoch sind sie überall im Fallen begriffen. Die Lütticher Blätter glauben, daß die Eisenbahn von Lüttich nach Berviers schwerlich vor sechs Wochen wieder hergestellt werden könne. (Einem Berichte der belgischen Eisenbahnverwaltung gemäß dürfte binnen 14 Tagen der regelmäßige Dienst wieder-

